
Hongkong

*(41)

Hongkong-Gesetz der USA in Kraft

US-Präsident George Bush hat am 5. Oktober ein von Senat und Repräsentantenhaus im Mai bzw. September verabschiedetes Gesetz "US Hongkong Policy Act of 1992" unterzeichnet und damit in Kraft gesetzt. Mit diesem Gesetz bekunden die USA ihre Aufmerksamkeit hinsichtlich der Rückgabe der britischen Kolonie an China im Jahre 1997. Die Achtung der Menschenrechte und die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Gesellschaftssystems sowie der Lebensweise in Hongkong nach 1997 stehen danach unmittelbar in Zusammenhang mit den US-Interessen in Hongkong. Als konkrete Maßnahmen sieht das Gesetz vor, daß sich die USA vor und nach 1997 aktiv darum kümmern, das Vertrauen der Bevölkerung Hongkongs in ihre Zukunft und Hongkongs Position als eines der internationalen Finanzzentren zu bewahren. Die bilateralen Beziehungen der USA mit Hongkong in bezug auf Wirtschaft, Verkehr und Kultur sollen erweitert werden. Nach der Übergabe Hongkongs werden die USA ihr Generalkonsulat in Hongkong sowie andere halbamtliche Beziehungen mit Hongkong weiter unterhalten. Ferner sollen die USA die von Hongkong nach der Wende ausgestellten Pässe und Reisedokumente anerkennen und die Anträge der Einwohner Hongkongs auf Einreise in die USA und Aufenthalt in den USA von der politischen Veränderung unbeeinflusst lassen. Das Gesetz verlangt, daß der US-Außenminister dem Kongreß regelmäßig über die Lage in Hongkong, einschließlich der Entwicklung der dortigen demokratischen Einrichtungen, berichtet. (ZYRB, 9.10.92)

Kurz nach dem Amtswechsel des Finanzministers hat auch ein anderes Kabinettsmitglied, der Vorsitzende des Komitees für Umweltschutz, Zhao Shaokang (Jaw Shau-kong), am 30. Oktober überraschend seinen Rücktritt angekündigt. Wie Wang gilt auch Zhao als gerechter und unbestechlicher Politiker. Infolge seiner konsequenten Maßnahmen gegen Umweltverschmutzung hat er sich mit vielen Unternehmen verfeindet. Nach seinem Rücktritt wird er für einen Sitz im Gesetzgebungs Yuan (Parlament) bei den kommenden Wahlen im Dezember kandidieren und will dort nach seinen Aussagen den "Einfluß des Geldes auf die Politik" bekämpfen. (LHB, 31.10.92)

Zhao gilt als Faktionsführer der "Xinguomintang Lianxian" (Neue Guomintang-Allianz) innerhalb der Regierungspartei. Einige Parlamentarier dieser Gruppe wurden von der Partei nicht als Kandidaten für die neuen Wahlen im kommenden Dezember aufgestellt. So darf man die Entscheidung Zhaos als einen Protest gegen die Parteizentrale verstehen. Ferner sind Zhao wie Wang "Festländer" der zweiten Generation und gehören zum sogenannten "Feizhuliu Pai" (Nichthauptströmungsflügel) um Ministerpräsident Hao, der dem "Zuliupai" (Hauptströmungsflügel) um den Parteivorsitzenden und Staatspräsidenten Li gegenübersteht. Daher wollen viele den Rücktritt der beiden Kabinettsmitglieder auch als Folge des Flügelkampfes innerhalb der Guomintang sehen. -ni-

Protest gegen die Aktion der USA überreicht. Liu erklärte, daß die Hongkong-Frage vor der Wende 1997 eine Angelegenheit zwischen China und Großbritannien und danach eine rein chinesische Angelegenheit sei. Washington wurde vorgeworfen, sich mit ihrem Hongkong-Gesetz in die chinesische Innenpolitik einzumischen. (XNA, 12.10.92) -ni-

*(42)

Hongkongs politische Reformen und die neue Kontroverse mit Beijing

Hongkongs neuer Gouverneur Chris Patten, der im letzten Juli in seinem Amt vereidigt wurde, hat mit seiner Antrittsrede vor dem Legislativrat (Parlament) eine neue stürmische Kontroverse zwischen der britischen Kolonie und Beijing ausgelöst. Gemäß der sino-britischen Vereinbarung von 1984 soll Hongkong am 1. Juli 1997 an die VR China zurückgegeben werden. Patten kündigte im oben genannten ersten Regierungsbericht vom 7. Oktober eine Reihe politischer Reformen innerhalb der letzten fünf Jahre der Kolonialherrschaft an. Neben der Erhöhung der Regierungsausgaben für Sozialpolitik, Forschung, Bildung, Gesundheitswesen, Hausbau und Umweltschutz sieht sein "Fünfjahresplan" eine grundlegende Änderung der Regierungsstruktur vor. Bislang sind der Legislativrat (Legco) und der Exekutivrat (Exco) zwei konstitutionelle Beratungsorgane für den Gouverneur. Beide stehen nicht nur unter dem Vorsitz des Gouverneurs, sondern haben zum Teil dieselben Personen als Mitglieder. Dies soll nach Pattens Plan geändert werden. Abgesehen von den Ex-officio-Mitgliedern kann in Zukunft niemand mehr gleichzeitig jeweils einen Sitz in beiden Organen haben. Ferner wird der Legco einen eigenen Vorsitzenden wählen und ausgedehntere parlamentarische Kontrollfunktionen gegenüber der Administration erhalten. Der neue Exco, der vom Gouverneur noch am Tage des Regierungsberichts reorganisiert wurde, besteht hauptsächlich aus parteilosen Fachleuten. Ferner soll ein nichtkonstitutionelles Organ, das "Government-Legco Committee", für die Koordination zwischen der Executive und der Legislative gegründet werden. (SCMP, 8.10.92)

Der Legislativrat umfaßt zur Zeit 60 Sitze, von denen 18 vom Volk direkt, 21 von "functional constituencies" (Wirtschafts- und Berufsverbände sowie das Kommunalorgan "Regional Council") indirekt gewählt, 18 vom Gouverneur ernannt werden sowie 3 von Amts wegen besetzt sind. Nach dem Beschluß des chinesischen Nationalen Volkskongresses vom 4. April 1990 soll der 1. Legislativrat nach der Übergabe Hongkongs 1997 weiter aus 60 Mitgliedern bestehen, und zwar sollen 20 vom Volk direkt, 30 von den "functional constituencies" und 10 von einem Wahlkomitee indirekt gewählt werden. Wenn der letzte Legislativrat vor der Übergabe dieser Regelung entsprechend gebildet ist - so heißt es in dem Beschluß -, können diejenigen Mitglieder ihren Sitz im 1. Legislativrat nach der Übergabe behalten, die das Grundgesetz der Sonderverwaltungsregion Hongkong unter der VR China befolgen und der Sonderverwaltungsregion treu bleiben. (Zum Text des Beschlusses in Englisch s. C.a., April 1990, S.306)

Der letzte Legislativrat Hongkongs unter der britischen Kolonialherrschaft wird 1995 gewählt. Patten kündigte in seinem Regierungsbericht neben der oben genannten Kompetenzerweiterung des Legislativrats des weiteren eine umfangreiche Wahlreform zur Beschleunigung der Demokratisierung in Hongkong an: Das Wahlalter wird von 21 auf 18 reduziert; abgesehen von den Ex-officio-Mitgliedern in den New Territories werden alle Mitglieder der Bezirksräte ab 1994 direkt gewählt und erhalten auch mehr Verantwortung. Am bedeutendsten und umstrittensten sind seine Entscheidungen im Hinblick auf die Legislativratswahl 1995: Die Anzahl der "functional constituencies" wird von 21 auf 30 erweitert, wobei statt der Körperschaften nur deren individuellen Mitglieder das Wahlrecht besitzen; das Wahlkomitee für die indirekte Wahl von weiteren 10 Abgeordneten soll allein oder zum großen Teil von den direkt gewählten Mitgliedern der Bezirksräte gebildet werden. Gemäß dem chinesischen Grundgesetz für Hongkong ab 1997 besteht das Wahlkomitee für diesen Zweck aus 800 Mitgliedern, und zwar 200 aus Industrie-, Handels- und Finanzkreisen, 200 aus Berufsverbänden, 200 aus Kreisen

von Arbeitern, Sozialarbeitern und religiösen Institutionen, 200 aus Kreisen der Legislativratsmitglieder, kommunalen Vertreter, Abgeordneten des chinesischen Volkskongresses aus Hongkong sowie Mitglieder der chinesischen Nationalen Politischen Konsultationskonferenz aus Hongkong. Allerdings wird diese Regelung nicht für den 1. Legislativrat ab 1997, sondern für den 2. und 3. zwischen 1999 und 2007 angewandt. So behauptete Patten, daß seine Regierung die Wahlregeln für 1995 bestimmen könne und daß er bei der Entscheidung auch die Bestimmungen des chinesischen Grundgesetzes für Hongkong ab 1997 berücksichtigt habe.

Angesichts der chinesischen Vorwürfe gegen ihn, die sino-britische Vereinbarung verletzt und dem Grundgesetz für Hongkong als künftige Sonderverwaltungsregion der VR China widersprechen zu haben, erklärte Patten, daß seine politische Reform nichts anderes als ein Diskussionsvorschlag an die chinesische Regierung sei. Bei seinem Besuch in Beijing vom 20. bis 23. Oktober zeigte ihm die chinesische Führung jedoch die kalte Schulter. Ministerpräsident Li Peng sagte ein vereinbartes Treffen ab, und der statt ihm angetretene Außenminister Qian Qichen weigerte sich, dem Gouverneur die Hand zu reichen. Nach einer sechs statt wie vorgesehen vier Stunden dauernden Unterredung mit dem Direktor des Büros für die Angelegenheiten Hongkongs und Macaus unter dem chinesischen Staatsrat, Lu Ping, stellte Patten fest, es habe keine Übereinkunft gegeben. Lu drohte an, im Fall einer Durchführung des von Patten dargelegten Plans werde Beijing die Reformen nach der Übernahme Hongkongs wieder rückgängig machen. China werde ferner auch seine Beteiligung an dem umgerechnet rd. 30 Mrd.DM teuren Flughafen in Hongkong stoppen, wenn der Gouverneur auf Konfrontationskurs gehe.

Patten erklärte zum Abschluß der viertägigen Gespräche in Beijing, wenn es im Streit um die demokratischen Reformen und um den Bau des neuen Flughafens keine Einigung mit China gebe, werde London ohne Zustimmung Beijings handeln. Darauf anwor-

tete Lu, China werde nach 1997 keine Mitverantwortung für die Schulden aus dem Flughafenbau übernehmen und alle Flüge von und nach dem Flughafen über chinesisches Gebiet verweigern. Patten entgegnete, er werde 1997 entweder von dem jetzigen Flughafen aus oder mit der Gouverneursyacht "Lady Maurine" Hongkong verlassen, falls der neue Flughafen bis dahin nicht fertiggestellt werde. Die Verzögerung sei jedoch ein großer Schaden für Hongkong wie für China. (AWSJ, 8.10.92; SZ, 24./25. u. 26.10.92; NZZ, 27.10.92)

Lu Ping behauptete, daß London und Beijing 1990 geheime Vereinbarungen über die Bildung des Wahlkomitees für 1995 getroffen hätten. Am 29. Oktober haben beide Seiten dazu sieben ausgetauschte Briefe veröffentlicht. Jedoch existieren immer noch verschiedene Interpretationen, denn der britische Außenminister Douglas Hurd habe in seinem Brief vom 12. Februar 1990 an seinen Amtskollegen Qian Qichen die Bildung des Wahlkomitees nach dem chinesischen Modell, wie es das Grundgesetz für Hongkong nach 1997 vorsieht, nur prinzipiell akzeptiert. Die Einzelheiten sollten weiter diskutiert werden. Außerdem, so argumentieren viele in Hongkong, könne der Briefwechsel völkerrechtlich nicht unbedingt verbindlich sein. (SCMP, 29.10.92; *Xingdao Ribao*, europäische Ausgabe, 30.10.92)

Im Unterschied zu seinem Vorgänger, Sir David Wilson, ist der neue Gouverneur Patten kein Kolonialverwalter, sondern ein hochkarätiger Politiker - vor seiner neuen Ernennung war er Vorsitzender der britischen Regierungspartei Tory. Aufgrund seiner engen Kontakte zu allen Schichten der Bevölkerung Hongkongs genießt er in Hongkong schon nach kurzer Zeit eine große Popularität. Nach einer Meinungsumfrage sind 31,43% der Befragten mit seinem politischen Bericht zufrieden, nur 3,75% sind unzufrieden, 6,43% bleiben neutral und 58,38% wissen nichts bzw. können nichts dazu sagen. Auf die Frage, ob der Plan zur Demokratisierung trotz chinesischer Einwände weiter durchgeführt werden solle, antworteten 48,8% mit Ja, 14,42% mit Nein, und 36,78% hatten keine Meinung. (SCMP, 10.10.92) -ni-